

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 5,50 M. im voraus zahlbar, bei Postversand monatlich 5,50 M. zzgl. Zustellungsgebühren, von Zustellung unter Streifenband 8,75 M. (Deutschland und Ostsee-Länder), für das übrige Ausland 15.— M. jährlich. Deutsches Postamt.

Redaktion und Expedition: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895 und 2896.

Die abendspätere Sonderausgabe über den Kampf um die Betriebsräte, als auch die Familien- und Organisationsangelegenheiten werden laut Anzeigen-Kauf befreit. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 833-36, 2895-96, 2788

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der deutsch-russische Gefangenenaustausch.

Volle Verständigung mit Rußland.

L. N. Frankfurt a. M., 11. März.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin gemeldet wird, haben die Besprechungen über den deutsch-russischen Gefangenenaustausch, die der Vertreter der Sowjetregierung, Sigdar Kopp, mit Vertretern der deutschen Regierung in Berlin gepflogen hat, zu einer vollen Verständigung geführt. Der Vertrag ist bereits fertiggestellt und wird in den nächsten Tagen ratifiziert werden, so daß in Kürze mit dem gegenseitigen Gefangenenaustausch begonnen werden kann. Die Gefangenen werden über Kiew und Stettin zurückgeführt werden. Für die Kranken wird man versuchen, den Landweg über Polen frei zu bekommen.

Eine neue Friedensnote Sowjetrußlands an Polen.

T. U. Warschau, 11. März.

Die polnischen Blätter melden, daß der Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, zu Händen des Ministers des Aeußern, sowie des Staatsoberhauptes Bilsudski eine neue Friedensnote, vom 6. März datiert, abgehen ließ. In der neuen Friedensnote betont Tschitscherin, daß die Arbeiterklasse Rußlands den Friedensschluß mit allen Nachbarstaaten und besonders mit Polen wünscht. Weiter wird hierin gesagt, daß die jetzige bolschewistische Offensive nur eine Folge der polnischen Offensive gegen die ukrainischen Rot-Truppen ist. Tschitscherin verlangt von den polnischen Truppen die Einstellung der Aktionen gegen die ukrainischen Bolschewiken, worauf die russischen Truppen ihre Aktionen einstellen werden.

Clond George zur Untersuchung der Lage in Rußland.

Rotterdam, 11. März.

Wie die Niederländische Courant aus London meldet, erklärt Clond George im Namen des Obersten Rates in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, eine Untersuchung der Lage in Rußland könne mit größter Autorität und mit mehr Erfolg unternommen werden, wenn sie anstatt vom Internationalen Arbeiterrot, der nur ein Interzellular des Völkerbundes sei, vom Rate des Völkerbundes selbst veranstaltet würde. Clond George fordert daher den Rat zu solchen Schritten auf.

Das Ausland zum Wirtschafts-memorandum.

Austerdam, 11. März.

Laut „Telegraaf“ findet das Wirtschaftsministerium des Obersten Rates bei der gesamten englischen Presse große Zustimmung. „Times“ nennt die Erklärung deutsch-verständlich und wohl durchdacht, sowie durchaus gerecht gegenüber Deutschland und nicht mehr als gerecht gegenüber Frankreich. Das Blatt schreibt, das Memorandum zeige den Weg des Friedens, der Arbeit, der Sparsamkeit und des internationalen Handels; ein anderer Weg bestehe nicht. „Daily News“ sieht die Bedeutung des Memorandums in der internationalen Anerkennung unverkennbarer Tatsachen. Die Vorschläge seien logisch. Alles hänge von dem Eifer und der Ehrlichkeit ab, mit denen sie durchgeführt würden.

T. U. Paris, 11. März.

Die Vafier Nachrichten bedauern, daß das Programm Rittis infolge des französischen Widerpruches dem Wirtschafts-memorandum nicht zugrunde gelegt werden konnte. Dieses Programm hätte den Neutralen bei einer deutschen Anleihe eine erste Hypothek garantiert. Wenn oder die Entschuldigungsansprüche der Kriegsgegner Deutschlands den Ansprüchen der neu-ausschaffenden deutschen Gläubiger vorzuziehen, so würde auf die deutsche Anleihe keine tausend Franc gezahlt werden. Frankreich verkennt die Tatsache, daß es nicht gleichzeitig von den Neutralen die finanzielle Unterstützung Deutschlands verlangen und ihnen die Rückzahlung ihrer eigenen Ansprüche verweigern kann. Allerdings hätten auch die post zahlungsunfähigen Neutralen das große Loch nicht stopfen können. Ausreichenden Kredit könne nur Amerika erwählen, aber auch dieser Wanne

zur den wirtschaftlichen Untergang Deutschlands herbeigern, aber nicht verhindern, wenn nicht eine Revision des Friedensvertrages von Versailles erfolge.

Paris, 10. März.

In dem wirtschaftlichen Memorandum des Obersten Rates wird u. a. die Notwendigkeit der sofortigen Sicherung der Lebensbedingungen, wie sie zu Friedenszeiten existierten, betont. Dies könne nur durch die Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen erreicht werden. Es sollen keine künstlichen wirtschaftlichen Schranken errichtet werden. Die Arbeitsleistung soll zur Hebung der Produktion gefördert werden. Unverzüglich sollen Maßnahmen ergriffen werden, um das Schwindens von Kredit und Guthaben zu hindern. Denjenigen Ländern, die infolge des Standes der Devisen ihr Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen können, soll die Wiederaufnahme des Handelsverkehrs ermöglicht werden. Der Lage der verwüsteten Gebiete wird besonders Rechnung getragen. Die zum Wiederaufbau nötigen Summen sollen auf dem Anleihewege beschafft und durch die Wiedergutmachungskommission garantiert werden.

Eugen Ernst Ineist!

Leckisch und Genossen pßlich aus der Schutzhaft entlassen.

Heute vormittag sollte vor dem Reichsmilitärgericht das Bescheidverfahren wegen der Verhängung der Schutzhaft gegen Genossen Leckisch, Jachan und andere stattfinden. Bei Beginn der Verhandlungen stellte sich das Verfahren als gegenstandslos heraus, da die Genossen kurz vor dem Termin der Verhandlung aus der Schutzhaft entlassen worden waren. Damit die Urheber der Haft selbst das Bekenntnis abgelegt haben, daß die Haft zu unrecht verhängt worden ist.

Wie warum diese plötzliche Gibe? Hat Herr Eugen Ernst an der einen Nebenloge im Falle Däumig genug? Er hat schon recht getan, denn die neue Blamage wäre durch die Verhandlungen noch größer geworden, als sie ohnehin ist.

Die Entschuldigung Deutschlands wegen der Udion-Affäre.

Hamburg, 11. März.

Dem „Hamburger Fremdenblatt“ wird aus Paris gemeldet: Der deutsche Geschäftsträger Dr. Maher begab sich zu Milorand, um die Entschuldigung der deutschen Regierung wegen der Vorfälle in Berlin im Hotel Udion zu übermitteln. Milorand nahm diese Entschuldigung entgegen, erinnerte aber Dr. Maher daran, daß diese Vorfälle sich nicht hätten ereignen können, wenn die deutsche Regierung diejenigen vom letzten Dezember unterdrückt hätte, deren Gegenstand verschiedene Offiziere der alliierten Kommandos waren. Der Oberste Rat hätte damals vergeblich protestiert. Die Blätter stellen einstimmig fest, daß die jüngsten Ereignisse in Berlin auf die von den Alliierten gewährten Konzeptionen in der Auslieferungsfage der Kriegsschuldigen zurückzuführen seien. Die Konzeptionen würden als Schwäche angesehen und mit Zustimmung der Regierung mißbraucht.

Der Prozeß gegen Hauptmann v. Kessel soll, wie eine Korrespondenz meldet, am 20. März wieder aufgenommen werden. Die Verhandlung im Februar wurde bekanntlich nicht zu Ende geführt, weil Kessel an Grippe erkrankt war.

Büchereistreik in Ludwigshafen. Wegen Lohnstreitigkeiten sind die Buchdrucker in Ludwigshafen am Mittwoch in den Ausstand getreten. Außer dem rechtssozialistischen Blatt erscheinen keine Zeitungen.

Vorbereitung des Solinger Streiks. Bei der Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit in der Solinger Industrie stimmten 6518 für und 3119 gegen die Fortsetzung des Streiks.

Weitere Ausdehnung des Grubenarbeiterstreiks in Ostrau. Der Streik der Grubenarbeiter im Ostrau-Karwiner Grubenrevier hat gewaltig an Ausdehnung gewonnen. Die Gesamtzahl der streikenden Bergarbeiter ist bereits auf 20 000 gestiegen. Es ist anzunehmen, daß die Zahl noch zunehmen wird.

Austritt der portugiesischen Regierung. Die großen Streiks in allen Teilen des Landes haben die neugewählte Regierung zum Austritt gezwungen. Auch die Polizeisten in Lissabon beteiligen sich am Streik.

Der amerikanische Senat hat den Vorbehalt angenommen, der eine nationale Kontrolle der Rüstungen vorsieht und festsetzt, daß die Vereinigten Staaten das Recht beanspruchen, ihre Rüstungen ohne Zustimmung des Völkerbundes zu erhöhen.

Der Kampf um die Betriebsräte

Von Rich. Müller.

Durch die Beschlüsse des Nürnberger Gewerkschaftskongresses wurde die bis dahin latente Krise innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung in ein neues Stadium gebracht. Durch die Beschlüsse des Stuttgarter Verbandstages der Metallarbeiter, die im kürzesten Gegensatz zu dem Nürnberger Kongreßbeschlüssen standen, wurde diese Krise akut. Das Gezeir über die Betriebsräte bringt sie jetzt zur Entscheidung. Die einheitliche deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor einer ersten Erschütterung. In Sprache nur von den freien Gewerkschaften, da ja die übrigen Gewerkschaften immer mehr an Bedeutung verlieren.

Die objektiven Ursachen dieser Krise liegen auf politischem Gebiete. War es während des Krieges die Kriegspolitik der Generalkommission, die den Boden für scharfe Meinungskämpfe innerhalb der Gewerkschaften schuf, so sind es jetzt die politischen Richtungen innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung, die in den Gewerkschaften um Anerkennung ringen. Diese Richtung kann nicht übersehen werden, denn im Bestreitungsstadium des Profetariums spielt die Loyalität der Gewerkschaften, die heute mit über 7 Millionen Mitglieder zählen, eine entscheidende Rolle.

Während der Nürnberger Gewerkschaftskongress durch die Anerkennung der Arbeitsgemeinschaften den Gewerkschaften eine wirtschaftsfriedliche Betätigung zur Wiedererrichtung der kapitalistischen Wirtschaft aufzulegen, sich mit der Forderung der „Betriebsdemokratie“ begnügte und die Betriebsräte verpflichtete, das gute Einvernehmen der Arbeitgeber untereinander und mit dem Arbeitgeber zu einem vorübergehenden Fortgang des Betriebes zu pflegen, lehnte der Verbandstag der Metallarbeiter, der größten deutschen Gewerkschaft, die Arbeitsgemeinschaften ab, stellte sich auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes und forderte das Rückbleiben, dessen Organe den revolutionären Klassenkampf vorzubereiten und durchzuführen haben.

Diese grundsätzlichen Meinungsverhältnisse über das Wesen und Wirken der Betriebsräte müssen bei der Wahl der Betriebsräte zum Ausdruck kommen, und sie werden auch nach der Wahl noch weiter ausgetragen sein. So unersichtlich diese Tatsache ist, muß sich doch jeder damit anfinden. Dies wird um so leichter, für die Arbeiterbewegung um so schmerzlicher werden und die Rumpfe fördern, wozu jede Richtung den notwendigen Meinungskampf schließlich mit aller Schärfe führt, aber sonst dem anderen Richtung die Richtung nicht verlag. Wenn dabei links und rechts einmal über das Ziel geschossen wird, braucht das keiner allzu traurig zu nehmen. Welche Richtung im Rechte ist, das wird die Entwicklung zeigen. Wenn aber die eine Richtung versucht, der anderen ihren Willen aufzuzwingen, dann kann das nur zur Zerreißung der einheitlichen Arbeiterbewegung führen.

Was sehen wir gegenwärtig? Die Berliner Gewerkschaftskommission hat Stellung zu den Wahlen der Betriebsräte eingenommen und einheitliche freierwerkschaftliche Listen empfohlen. Die S. P. D. gibt ein Flugblatt heraus und empfiehlt ihre Kandidaten. Die U. S. P. D. stellt daraufhin eine eigene Wahlparole auf. Das veranlaßt die Minderheit der Gewerkschaftskommission zu einem scharfen Protest mit der unverhüllten Forderung an den Vorstand des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, die „politischen Fanatiker“ auszuscheiden. Dieser Aufforderung kommt der Vorstand nach. Die Berliner U. S. P. D. Gewerkschaftsführer glauben die Verantwortung für die vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes angeordnete Spaltung der Gewerkschaften nicht übernehmen zu können und geben ihre Wahlparole auf, um die Parole des Gewerkschaftsbundes zu akzeptieren. Die S. P. D. hält diese Erklärung nicht für ehrlich, und bereitet, entgegen dem Beschlusse des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes, eigene Listen vor. Und nun ist ein bestiger Streit darum entbrannt, wer zuerst die Politik in die Gewerkschaften tragen habe.

Die Geduld der Arbeiter, gleich welcher politischen Richtung, wird auf eine harte Probe gestellt. Was soll der Streit um die Frage, wer zuerst die Politik in die Betriebsräte wählen getragen hat? Die Beschlüsse von Nürnberg und Stuttgart zeigen wahrlich deutlich genug die poli-

Die Lage der deutschen Wirtschaft.

Am Mittwoch hat der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium eine am 2. Tage berechnete Sitzung...

unser Kongress wichtig. Im positiven Sinne braucht man ihn jedoch nicht allzu tragisch zu nehmen...

Die Herren Reichssozialisten mögen es unter sich ausmachen, wer die Stärke des französischen Sozialismus richtiger beurteilt...

Gewerkschaftliches.

Der Proteststreik in der Binnenschifffahrt.

Der „Vorwärts“ erklärt es als unrichtig, daß die Mehrzahl der Schiffsmannschaften in den Verbänden der Binnenschifffahrt...

Es scheint, als ob durch diese Kritik die Berliner Transportarbeiter über die Tatsache getrübt werden sollen...

Nichtig ist nur an der Kritik, daß der Verband der Binnenschifffahrer Gegner der Arbeitgemeinschaft ist...

Singu kommt, daß der T. A. B. beschlossen hat, den Vertrag zu unterzeichnen, ohne vorher das Verhandlungsergebnis...

Der am Dienstag schon einsetzende Proteststreik wird der Dessenität und den Unternehmern klarheit darüber schaffen...

Wir erlauben die Berliner Transportarbeiter, welche unmittelbar mit der Binnenschifffahrt zu tun haben...

In einer am Mittwoch stattgefundenen Mitgliederversammlung der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter...

Im Namen der Ortsverwaltung erwählt dann Genosse Großmann den Ausschluß des Sekretärs des „Vorwärts“...

Kritikend teilte Genosse Großmann mit, daß wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse bei den vier in Betracht kommenden Arbeitgeber-Organisationen Forderungen...

In der Aussprache wurde sehr richtig betont, daß sich nun an den Buchdruckern rächen würde, was die Arbeiterschaft während des Metallarbeiterstreiks verkümmert hätte...

Weiter gibt Gen. Großmann ein Schreiben des Hauptverbandes bekannt, in dem dieser mitteilt, daß er die Ersatzwahlen zum Hauptverband nicht anerkennend...

Beabsichtigt wurde eine Resolution, die sich gegen den Verbandsvorstand richtet und begehrt protestiert, daß der Vorstand Beschlüsse fassen soll, ohne überhaupt geschäftsfähig zu sein.

Verkehrsbediensteten-Teuerungszulage.

Uns wird geschrieben: Die Straßenbahn- und Hochbahnbediensteten führen angeblich einen Kampf um eine Teuerungszulage...

Kost in allen kommunalen und privaten Betrieben haben die Arbeitgeber erkannt, in welcher Höhe sich ihre Arbeitnehmer angehöhen...

Man bedenke, die Löhne der Straßenbahnarbeiter stellen heute in Berlin wie auch fast in ganz Deutschland an letzter Stelle...

Man bedenke, die Löhne der Straßenbahnarbeiter stellen heute in Berlin wie auch fast in ganz Deutschland an letzter Stelle...

von 100 Mark und auf jedes zu erreichende Maß 15 Mark monatlich. Diese Forderung erklärte man als zu hoch...

Trotz aller dieser Prozeduren gingen die Bediensteten den feindlichen Weg und riefen den Schlichtungs-Vorschlag des Rates an...

Am Donnerstagabend trafen die Funktionäre zusammen, um endgültig dazu Stellung zu nehmen. Diesen blieb es überlassen, ob noch der letzte Weg der Verhandlung...

Groß-Berlin.

Grüße aus der Ferne.

Von dem Genossen Selmar Schöden, einem zur Zeit in Deutschland anwesenden Redakteur der „New-Yorker Volkszeitung“...

Ich halte mich darum auch heute für berechtigt, Ihnen, verehrte Genosse, nicht nur persönlich meine herzlichsten Wünsche für ein recht hohes und glückliches Alter zu übermitteln...

Unter die Welt, froh alledem!

Kußer dem Gedicht von Max Borkhel haben Genossen aus dem 10. Bezirk durch den Genossen Göbe dem 70-jährigen Genossen Ledebour folgende Verse gewidmet:

Kampf ist das Lösungswort der Gegenwart! Die Welt braucht Männer, die nicht lau und zögernd in Dingen deuten...

Die Speisung unterernährter Kinder und Mütter in Deutschland.

hat sich eine Kinderhilfskommission der evangelischen Gesellschaft der Freunde (Mütter) von Amerika zum Ziel gesetzt. Die Verteilung soll nur nach der Bedürftigkeit erfolgen...

Ein amerikanischer Freundschaftsgrupp, vermittelt durch die evangelische Gesellschaft der Freunde (Mütter), welche 250 Jahre hindurch und selbst während des letzten beenden Weltkriegs den Grundgedanken vertreten hat...

American Friends Service Committee Kinderhilfsmission der evangelischen Gesellschaft der Freunde (Mütter) von Amerika in Zusammenarbeit mit American Relief Administration Europa Childrens Fund, Herbert Hoover, Chairman.

Buchhausstrafen gegen Volkskassendiebe. Das Schwurgericht beim Berliner Landgericht III verhandelte gestern gegen die Händler Friedrich Schinkowitz und Rudolf Schöder...

Die Kollendeputation des Magistrats Berlin eröffnete heute zwei weitere Sozialstellen, und zwar in Berlin N, Christianstraße 110, und Berlin NW, Oststraße 9.

In seinem Dienstraum erschienen hat sich gestern der Ministerpräsident Karl Schmidt aus der Berliner Straße 44, der auf dem Hamburger-Deich Güterbahnhof beschäftigt war...

Zähne 4 Mark / 7.- Mark mit echtem Friedens-Kautschuk. Spezialität: Zähne ohne Gummen. Kronen von 30 Mk. an. Zahnpraxis Natwani, Canziger Straße 1.

Kurskurze an der Börse.

Monatlang hat an den Börsen ein wahrer Spekulationswahn geherrscht. Die Kurse gingen unausgesetzt in die Höhe...

Dieser Kurssturz erklärt sich durch die günstigere Bewertung der deutschen Mark im Ausland. Die deutsche Valuta ist seit länger Zeit wieder in die Höhe gekommen...

Die Reichssozialisten und der Straßburger Kongress.

In seiner heutigen Morgenansprache befaßt sich der „Vorwärts“ mit den Resolutionen, die der Straßburger Parteitag der französischen Sozialisten angenommen hat...

Die Organisation der französischen Arbeiterklasse hat jedenfalls ganz enorme Fortschritte in den letzten Monaten und auch des Rückblickes vom 18. November gemacht...

In derselben Zeit beschäftigt sich auch Herr Paul Lensch, der zur Belohnung für die dem deutschen Imperialismus während des Krieges geleisteten Dienste zum Professor ernannt worden ist...

Im negativen Sinne, als Befehlsbefehliger des internationalen Wohltätigen in letzter höherem Kommando der Straßburger Parteitag...

